

Sozialistische Hochschulzeitung

12/13

#77 · SOZIALISTISCHE GRUPPE (SG) · HOCHSCHULGRUPPE ERLANGEN/NÜRNBERG
WWW.SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE · SG@SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE

„Sittenwidrige Löhne!“ – Das Hinterletzte aus der durchgeregelten Klassengesellschaft

Auf faz.de (1.10.13) ist nachzulesen, dass inzwischen „jeder fünfte Deutsche für einen Niedriglohn arbeitet.“ Doch jetzt bekommen die Geringverdiener unverhofft Schützenhilfe vom Staat: „Im Kampf gegen sittenwidrige Löhne müssen Beschäftigte nicht mehr alleine vor Gericht ziehen. Diese Arbeit erledigen inzwischen immer häufiger die Arbeitsagenturen für sie. Für Schlagzeilen etwa hatte ein Fall in der Uckermark gesorgt, bei dem ein Pizza-Lieferservice in Prenzlau und in Schwedt Stundenlöhne von nur 1,50 Euro und 2,50 Euro gezahlt haben soll. Das Jobcenter Uckermark hatte vor dem Arbeitsgericht Eberswalde auf Rückzahlung der erstatteten Aufstockungsleistungen in Höhe von 11 000 Euro geklagt und Mitte September recht bekommen.“ (pnn.de, 10.10.13)

Das zuständige Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit verkündet dazu, dass das offensive Vorgehen gegen Lohndumping ein wichtiges Signal sei, um ein Unrechtsbewusstsein seitens der Unternehmer zu schaffen. So kommt die Behörde ihrem Auftrag nach, „den pflichtbewussten Umgang mit dem aus Steuermitteln finanzierten

Arbeitslosengeld II sicherzustellen und alle Arbeitgeber zu schützen, die anständige Löhne zahlen.“ (ebd.)

Stundenlöhne von 1,32 Euro: Der Sozialstaat hat es nicht leicht!

Erst will der Sozialstaat Dauerarbeitslosigkeit abbauen und Arbeitslose in Beschäftigung bringen. Dafür scheut er keine Mühe und stellt seine ganze Kompetenz hinter diesen Zweck: Er fördert geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, befreit die Leiharbeit von Schranken, radikalisiert die Zumutbarkeitskriterien und korrigiert das Arbeitslosengeld so weit nach unten, dass es mehr denn je eine versachlichte Forderung ist, das nächstschlechte Jobangebot anzunehmen. Die Verweigerung von als zumutbar definierten Beschäftigungsangeboten wird mit Minderungen des Arbeitslosengeldes bestraft. Der Sozialstaat rechnet damit, dass diese Maßnahmen lauter Lohnverhältnisse hervorbringen, von denen die Eingegliederten nicht existieren können. →

Hoch die internationale Solidarität! Rote Karte für Ausbeuter!

„Allein zwischen Anfang Juni und Anfang August sollen 44 Arbeiter aus Nepal auf Baustellen (im WM-2022-Gastgeberland Katar) umgekommen sein. ... Die meisten erlitten Herzinfarkte: schlechte Arbeitsbedingungen, Hunger und viel zu kleine Sammelunterkünfte, in denen oft 12 bis 14 Männer ohne Klimaanlage zusammengepfercht werden. ... Viele der Arbeiter ... erzählen, dass sie – als sie in Doha landeten – einen viel geringeren Lohn bekamen als der ursprünglich versprochene, und oft gibt es nicht einmal den. Mancherorts bekommen die Arbeiter noch nicht einmal genug Trinkwasser gestellt. Weg können sie auch nicht: Die Arbeitgeber nehmen ihnen die Pässe ab, ohne ihr Einverständnis können sie weder zurückreisen noch den Job wechseln. Menschenrechtsorganisationen sprechen von moderner Sklavenshaltung.“ (FR, 2./3.10.13) „...zwölf Stunden Arbeit und dann kein Essen die ganze Nacht...“ (SZ, 26.9.13)

Um die Verdammten dieser Erde von ihrem Elend zu erlösen, dass ihren Arbeitgebern der Lohn mitsamt seinen Nebenkosten nicht niedrig genug, die Arbeitsleistung dafür nicht hoch genug und die Arbeitsplätze nicht rentabel genug sein können, kennt die Arbeiter-Internationale ein zutragendes höheres Wesen:

„Der Internationale Gewerkschaftsbund fordert die WM-Organisatoren dazu auf, endlich etwas gegen die Rechtsverletzungen und Ausbeutung zu tun“, nämlich „über die WM 2022 neu abzustimmen. Die FIFA-Delegierten sollten mit der Kenntnis darüber abstimmen, wie Arbeitnehmer in Katar als Sklaven ausgebeutet werden“, sagt (IGB-Sprecher) Tim Noonan.“ (dgb.de, 27.9.13)

Die Proletarier aller Länder sind dazu aufgerufen, sich mit ihren unterdrückten Klassenbrüdern zu solidarisieren und machtvoll in Aktion zu treten – indem sie die Unterschriftenliste auf www.rerunthetvote.org ausfüllen, mit der die FIFA um Verantwortung angebettelt werden soll. Denn nur wenn dieser korrupte Haufen Großveranstalter der populärsten nationalistischen Bespaßung der Welt sich dazu entscheidet, zum Aufpolieren seines eigenen weltöffentlichen Images geltungssüchtigen Scheichs mit dem Vermiesen ihrer Selbstdarstellung zu drohen, dann könnten sich die Zuständigen dazu gezwungen sehen, die gnadenlosesten Ausbeutungsbedingungen noch mal zu überdenken. Eine andere Abhilfe sieht die internationale Organisation der Arbeiterklasse im 21. Jahrhundert jedenfalls nicht. ●

Vorabdruck aus GegenStandpunkt 4-13

Wissenschaftskritik

Vortragsreihe
WS 2013/14

Geschichte

Die Verwechslung von Begriff und Genese

Referent: Paul Pflüger (München)

Donnerstag, 5. Dezember 2013
19 Uhr im Kollegienhaus, Raum 1.019,
Universitätsstraße 15, Erlangen

Historiker halten bei allen Gegenständen die immer gleiche Bestimmung fest, *Produkt* der Geschichte zu sein. „Die Geschichtswissenschaft gründet auf der Überzeugung, dass die Gegenwart aus der Vergangenheit hervorgeht“, heißt es. Das Wesen der Dinge liegt damit in ihrem Bewirktsein durch Anderes, Früheres. Ein Historiker will „die gegenwärtige Welt als historisch gewordene erklären“. Die Kardinalfrage des Historikers lautet: *Wie* ist es zum Gegenstand meines Interesses gekommen? Eine geschichtliche Erklärung liegt immer in der Entstehung. Ursache ist immer der Ursprung. Geschichte ist für einen Historiker nicht das, was erklärt werden soll, sondern das, *womit* alles erklärt werden muss. Es geht nicht um die Erklärung geschichtlicher Phänomene, sondern um die geschichtliche Erklärung der Phänomene.

Damit ist eine entscheidende Weiche gestellt: Der Schlüssel zur historischen Erkenntnis eines Gegenstandes liegt programmatisch *außerhalb* des Gegenstands in dessen ‚Vorgeschichte‘. Um einen Gegenstand zu erklären, wendet sich der Gedanke im Rückwärtsgang von ihm ab und vorausgehenden, oft weit zurückliegenden Geschehnissen zu. Der Gedanke *entfernt* sich damit von seinem Gegenstand, um sich im weiten Feld seiner Vorgeschichte nach Entstehungsbedingungen umzutun, die seine Entstehung bewirkt haben sollen. Das heißt nicht, dass über den zur Debatte stehenden Gegenstand nichts gesagt worden wäre. Mit dem Erklärungsprinzip ‚Vorgeschichte‘ ist er kategorisch als *Wirkung* früher datierender Ereignisse identifiziert. Und die zur Erklärung herangezogenen Begebenheiten der Vorgeschichte haben auch schon ihre spezifisch *historische* Qualität abbekommen: Sie sind *Ursache* für Späteres. Jedes Phänomen wird von der Warte eines anderen aus rezipiert. Die historischen Phänomene geben sich – unter der Ägide ihres Interpreten – wechselseitig ihren Begriff. Die Identität einer Sache wird damit in dem angesiedelt, was sie *nicht* ist. Jeden Gegenstand lässt der Historiker in die *Verhältnisse* zerfallen, deren Ergebnis er sein soll bzw. für die er als Bedingung oder Ursache zitiert werden kann. Nichts gilt für sich, nichts muss folglich hinsichtlich *seiner* Qualitäten bestimmt werden. Die Begriffslosigkeit ist Programm. „Die Historie lässt die Gegenwart in die Vergangenheit vergehen.“ In der Tat: Historische Erklärungen verlaufen sich in der Vorgeschichte ihres Themas.

Die solchermaßen konstruierten geschichtlichen Zusammenhänge sind notwendig abstrakter Natur: Wer sich von vornherein einen Begriff ↓

↓

des zu erklärenden Gegenstand erspart, kann unmöglich *seine* notwendigen Entstehungsbedingungen darlegen. Deswegen sind trübe Prädikate wie ‚führte zu‘, ‚mündete in‘, ‚brachte hervor‘, ‚hatte Einfluss auf‘, ‚war Voraussetzung für‘, ‚hängt zusammen mit‘, ‚bahnte an‘ und am schönsten: ‚zeitigte‘ die allgegenwärtigen Formeln zur Erzeugung eines Scheins historischer Folgerichtigkeit. Das reflektiert diese Wissenschaft nicht als Man-ko. Im Gegenteil: Es eröffnet ihr eine immense Freiheit der Interpretation: ‚Jede Generation muss ihre Geschichte neu schreiben‘, sagt man sprichwörtlich. Man kann sich darauf verlassen, dass die historische Weisheit immer *aktuell* ist. ●

Wissenschaftskritik

Vortragsreihe
WS 2013/14

Do, 16.01.2014
Prof. Egbert Dozekal (Frankfurt/Main)

Soziologie

Die Abstraktion „Gesellschaft“

Soziologen erforschen alles, was andere untersuchen, noch einmal soziologisch. Politik, Religion, Literatur, Familie, Krieg und Kapitalismus entschlüsseln sie als ein und dasselbe: als „Formen von Vergesellschaftung“ – und die braucht der Mensch, denn alleine bleiben mag er nicht. Sie finden nicht interessant, um was es in den verschiedenen Fällen von „Gesellschaft“ geht, sondern dass da ein überindividueller Zusammenhang von Individuen – solange er besteht – offenbar funktioniert. All ihren Gegenständen schreiben sie den Sinn und Zweck zu, funktional für das Ganze zu sein, von dem sie Teil sind, und umgekehrt „gesellschaftlich vermittelt“, durchs Ganze bestimmt, zu sein. Falsche Abstraktionen dieser Art verstehen sich als Durchblick und als kritischer dazu.

Jeweils 19 Uhr im Kollegienhaus,
Raum 1.019, Universitätsstraße 15,
91054 Erlangen

www.sozialistischegruppe.de

Sozialistische Gruppe (SG)
Hochschulgruppe Erlangen/Nürnberg

Stuve
Studierendenvertretung der
Universität Erlangen-Nürnberg

Newsletter: alle Termine, die SHZ als PDF
www.sozialistischegruppe.de

Aufnahmen von GegenStandpunkt-Vorträgen
<http://doku.argudiss.de>

→ Ihm ist nämlich klar, dass ein großer Teil der Arbeitslosen nur dann in Arbeit kommt, wenn der Verdienst aus Arbeitsverhältnissen für sie keinen Lebensunterhalt abwirft. Deshalb stattet er Niedriglöhner mit dem Fürsorgeanspruch aus, nötigenfalls ihren Lohn vom Staat so weit aufgestockt zu bekommen, bis das Existenzminimum ihr Einkommen darstellt.

Dann sieht der Sozialstaat sich mit dem Erfolg seiner Hartz-Reformen konfrontiert: Je mehr die Maßnahmen ziehen und die Arbeitslosigkeit sinkt, desto mehr werden seine Arbeitslosen zu „Beschäftigten“, die von ihrem Lohn nicht leben können und auf seine Aufstockungsleistungen angewiesen sind. Unternehmer verwenden sein Billigangebot an Arbeitskräften ausgiebig für sich und verlassen sich ansonsten darauf, dass der notwendige Lebensunterhalt ihrer Arbeitskräfte durch den Staat gewährleistet wird. So waren die Reformen aber nicht gemeint: Der Staat will nicht einfach Profite subventionieren und *den Unternehmern* einen Vorteil verschaffen, sondern *mit* dieser Subventionierung *seine* Arbeitslosen einer rentablen Beschäftigung zuführen! Wo die Kassen seiner Jobcenter mit laufend steigenden Kosten für das Aufstocken strapaziert werden, zieht er den messerscharfen Schluss, dass beim Gebrauch seiner Leistungen reger *Missbrauch* am Werk sein muss.

Die sozialstaatlichen Ausführungsorgane – die Jobcenter – gehen diesen Widerspruch, den sich der Sozialstaat einhandelt, in der Weise an, in der er *sie* betrifft: Sie sehen ihr Budget strapaziert und entdecken im Rahmen ihrer Befugnisse einen Weg, Unternehmern in der exzessiven Beanspruchung ihrer Finanzen Schranken zu setzen.

Der Rechtsstaat weiß sich zu helfen!

Er verfügt nämlich längst über ein Maß – auf der Ebene des *Rechtsgeschäfts*. Als überparteiliche

Nachlese zu den „Sachthemen“ des Wahlkampfs

Die Wahlkampfzeit ist vorbei. Nachdem die Wähler ihre freien, gleich-gültigen und geheimen Stimmen abgegeben haben, können die erfolgreichen Parteien nun beim Bilden der Regierung ganz frei und in aller Öffentlichkeit miteinander definieren, wozu die Wähler sie überhaupt beauftragt haben. Und in einer anderen Hinsicht kommt der Wille der Wählerschaft auch nach ihrer Stimmabgabe zur Sprache: In den Parteien – bei den Gewinnern wie bei den Verlierern – und in der breiteren Öffentlichkeit wird noch eine Weile die Frage gewälzt, womit die einzelnen Parteien es vermocht bzw. verbockt haben, die freien und gleichen Wahlbürger für sich einzunehmen. Dass eine solche Auswertung von Erfolgsrezepten in der demokratischen Konkurrenz um inhaltslose und anonyme Stimmatome ziemlich spekulativ gerät; dass sie, wenn sie innerhalb der Parteien betrieben wird, auf eine sehr interessierte Suche nach Schuldigen bzw. Heroen hinausläuft, ist die eine Sache und kann getrost den Karrieristen in den Parteien überlassen werden. Eine andere Sache ist, was man daraus über den demokratischen Wahlkampf lernen kann, über die Mittel und Methoden erfolgreicher Stimmenwerbung einerseits, erfolgreicher Demontage der Konkurrenz andererseits. Die eine oder andere Klarstellung über das Leben unter frei gewählten Machthabern liefern sie gratis dazu.

Instanz, die hoheitlich definiert, unter welchen Umständen Verträge in Ordnung gehen, kennt er das Kriterium der *sittenwidrigen Löhne*. An dem scheidet sich rechtsgültig eine ordentliche arbeitsvertragliche Entgeltvereinbarung von der „*Ausbeutung einer Zwangslage*“ (BGB §138), welche die vereinbarte Arbeitsvergütung ungültig macht und Nachzahlungen fällig werden lässt. Nach gängiger Rechtsprechung befinden sich Beschäftigte in dieser unsittlichen Zwangslage, „*wenn die Arbeitsvergütung nicht einmal zwei Drittel eines in der betreffenden Branche und Wirtschaftsregion üblicherweise gezahlten Tariflohns erreicht.*“ (BAG, 2009, 5 AZR 436/08) Die gute Sitte wird also dort eingehalten, wo ein Lohn – wie erbärmlich er auch immer sein mag – mit den ortsüblichen gezahlten Branchenlöhnen übereinstimmt; sie kommt in allen Arbeitsverträgen zu ihrem Recht, wo das Entgelt nicht mehr als ein Drittel darunter gedrückt wird.

Die Jobcenter entdecken die vertragsrechtliche Regelung der sittenwidrigen Löhne, die es zum Schutz wehrloser Arbeitnehmer gibt, für sich und beanspruchen sie für den Schutz ihrer Kassen. Weil das von Arbeitgebern nachzuzahlende Entgelt für die Arbeitnehmer den von den Jobcentern ausgezahlten Aufstockungsleistungen entspricht, geht es unmittelbar an sie über.

Für die FAZ ist die Moral der Geschichte sonnenklar: Es handelt sich dabei um einen wohl-tätigen Dienst an den sittenwidrig Beschäftigten im Niedriglohnsektor: „*Im Kampf gegen sittenwidrige Löhne müssen Beschäftigte nicht mehr alleine vor Gericht ziehen. Diese Arbeit erledigen inzwischen immer häufiger die Arbeitsagenturen für sie.*“ Wie gütig! Die sittenwidrig entlohnten Arbeiter müssen gar nicht selber vor Gericht ziehen, damit der Staat *sein* Geld wieder bekommt! ●

Vorabdruck aus GegenStandpunkt 4-13.
www.gegenstandpunkt.com

1. Eine Maut für Ausländer: Ein unschlagbares Angebot für patriotische Rechthaber

Mit seinem triumphalen Sieg in der Bayern-Wahl hat Ministerpräsident Horst Seehofer die absolute Mehrheit für die CSU zurückerobert. Führende Mitglieder seiner Partei sowie Seehofer selbst führen den Sieg auf sein Versprechen zurück, glaubwürdig „*Politik für die Bürger*“ zu machen – ein Versprechen, das er vor allem mit seiner beharrlichen Forderung nach einer Pkw-Maut für Ausländer einlösen will. Der neue Inhaber der absoluten Mehrheit im bayerischen Landtag tritt vor die Kameras und erklärt: „*Ich habe trotzdem eine Koalition – nämlich mit der bayerischen Bevölkerung.*“ Seine Treue zum wählenden Koalitionspartner gelobt er mit einem Festhalten an seiner Maut-Forderung zu beweisen, trotz des „*Gegenwinds*“ aus Berlin. Egal, ob er sein Versprechen am Ende einlösen wird, eine Lehrstunde über den Zusammenhang zwischen dem Materialismus, Rechtsbewusstsein und Patriotismus des freien Bürgers hat er auf jeden Fall schon geliefert.

Mit seiner Forderung nach einer Pkw-Maut für Ausländer spricht Seehofer die Unzufriedenheit moderner Autofahrer an, also den bekannten Umstand, dass das Autofahren jede Menge Geld und Nerven kostet. Diesem nicht gerade kleinen Segment der Bevölkerung stellt er Beistand und Erleichterung in Aussicht. Freilich nicht im ma-

teriellen Sinn – das Autofahren selbst wird nicht billiger, die Autobahnen werden nicht leerer. Seehofers Angebot gilt vielmehr dem Rechtsbewusstsein der Autofahrer, das er in ihrer Unzufriedenheit zielsicher aufspürt. Mit den hohen Kosten, die sie tragen, haben sie ein ebenso hohes Anrecht erworben: Sie dürfen darauf beharren, dass die Instanz, die ihnen die Kosten auch unter Co-Regie von Seehofer bereitet, dafür sorgt, dass *die anderen* zahlen müssen, und zwar nicht irgendwelche anderen, sondern die, die nicht hierher gehören, schon gar nicht auf die Straßen. Mit dieser Fassung des ADAC-Wahlspruchs „*Freie Fahrt für freie Bürger!*“ macht Seehofer den autofahrenden Bayern ein Angebot, ihr Rechtsbewusstsein als *Patrioten* hemmungslos auszuleben – und zwar in Reinform, nämlich pur als Schädigung der Fremden. Genau so, als *Missgunst gegen Ausländer*, können die bayerischen Wähler zeigen, was staatsbürgerlicher Materialismus mit Patriotismus zu tun hat.

Damit ist Seehofers Ansprache an den geschädigten Materialismus seiner Bayern allerdings nicht zu Ende. Er verknüpft die Lasten, die sie als Autofahrer zu ertragen haben, mit einer Reihe von Lasten, die mehr innerdeutscher Natur sind: „*Wir zahlen den Soli, wir zahlen in den Länderfinanzausgleich, wir zahlen in den Gesundheitsfonds, ... Wenn wir mal ein Anliegen haben, dass andere bei uns zahlen, dann erwarte ich, dass alle Bayern Patrioten sind und dafür eintreten!*“ Auch bei diesen Lasten gilt, dass die Bürger sie sowieso zu tragen haben – dafür macht ihnen Seehofer auch hier ein Angebot ans patriotische Rechtsbewusstsein: Die Kosten, die sie nicht bloß als Autofahrer zahlen, können sie als Kosten begreifen, die sie *als Bayern* zahlen – als Mitglieder eines ganzen Bundeslandes, das nach Seehofers Rechnung in allen drei Punkten zu kurz kommt. Das Angebot ist eine Zumutung, besteht es doch in der Aufforderung, *ihre* finanziellen Nöte mit denen eines haushaltenden Politikers gleichzusetzen, in dessen Rechnungen man selbst als Kost aufscheint. Mit diesem patriotischen Rechtsbewusstsein dürfen und sollten sie sich also hinter einen Kandidaten stellen, der sich von der Kanzlerin in Berlin nichts sagen lässt, wenn es um die Anliegen seines Landes geht: „*Mia san mia, und uns kann keiner was sagen.*“ Von so einem bayerischen Patrioten kann man sich dann gerne was sagen lassen!

*

Im demokratischen Wahlkampf werden die Wähler bekanntlich nicht nur mit Angeboten versorgt, sondern auch mit dringlichen Warnungen – nämlich vor den anderen Parteien, die ebenso um die Gunst der Wähler werben. Der Weg zur Macht im demokratischen Staat läuft bekanntlich über die Konkurrenz; und zur Moral des Machterwerbs gehört die Entschlossenheit, zu allen vorhandenen Mitteln zu greifen, um die Nebenbuhler aus dem Feld zu schlagen. Und damit hat auch diese Seite des Wahlkampfes einige Lehren über das Verhältnis zwischen freien Wählern und ihren Herrschern zu bieten. Dafür ist die Trias an Vorwürfen, mit denen sich die *Grünen* dieses Jahr haben „auseinandersetzen“ müssen, besonders exemplarisch.

2. Grüne Steuerpolitik – „Hände weg von unserem Geld!“, Von Demagogie und fiskalischer Vernunft

Wie alle anderen Parteien auch haben die *Grünen* eine Reihe von Angeboten für ihre Wähler in petto – nämlich Investitionspläne für Gesundheit, Infrastruktur und Bildung. Und im diesjährigen

Wahlkampf verlegen sie sich auf die Taktik der *Ehrlichkeit*. Sie wollen den Bürgern „nicht das Blaue vom Himmel“ versprechen, ihnen vielmehr „reinen Wein einschenken“ – das sind die einschlägigen Floskeln für die Tugend demokratischer Herrscher, ihre Bürger in bester staatsmännischer Manier vorher über die Kosten aufzuklären, die man hinterher von ihnen eintreiben wird. Sie appellieren an das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein ihrer Wähler und kündigen Steuererhöhungen an, wobei sie gleich dazusagen, dass sie nur diejenigen Bürger belasten wollen, die „starke Schultern“ haben – noch so ein blumiger Ausdruck für Besserverdienende, deren Einkommen in die Möglichkeit guter Taten für das Gemeinwesen verwandelt wird.

Kaum wird das Wahlprogramm in Umlauf gebracht, hagelt es von Seiten der konkurrierenden Parteien Kritik – und die wird immer wieder mit einem Spruch zusammengefasst: Eine „*Orgie an Steuer- und Ausgabenerhöhungen*“ sei dies, mit der der Mittelstand geschädigt, wenn nicht sogar finanziell ausgeblutet wird. Es wird den Grünen sogar nachgesagt, mit ihrem fiskalischen Vorhaben den Klassenkampf auszurufen. Nun ist es schon eine besondere Perfidie, so zielstrebig von den allseits anerkannten Gründen und Vorhaben abzusehen, für die die *Grünen* die Steuern erhöhen wollen, um sie dann als Beutelschneider hinzustellen, die es bloß auf das Geld der Bessergestellten abgesehen haben. Und kaum liefern sie einen astreinen Beweis der „*Finanzierbarkeit*“ ihrer großartigen Ausgabenpläne, laufen sie damit auf.

Offenbar gehen die Gebote fiskalischer Vernunft im Wahlkampf etwas anders – jedenfalls dieses Jahr: Die *anderen* Parteien mit dem Vorwurf der „*mangelnden Finanzierbarkeit*“ zu traktieren, dabei den Wert der Sparsamkeit zu beschwören und gleichzeitig die Dienste in den Vordergrund rücken, die man selbst den Bürgern in Aussicht stellt – so, als *Vorwurf* an die anderen und als *Tugend*, die man selbst beherzigt, hat die finanzielle Ehrlichkeit ihren Platz im Wahlkampf. *Nach* dem Wahlkampf ist man wieder so frei, staatsmännisch über die notwendigen Steuerpläne, inklusive Steuererhöhungen, zu rasonieren und sie zu beschließen. Selbstverständlich wird man die Bürger damit verärgern, aber dann haben sie ihre Stimmen ja schon abgegeben. Die Verantwortung der Politiker besteht dann darin, ihnen mitzuteilen, wofür.

3. „Veggie-Day“ – „Hände weg von unserer Wurst!“, Der schmale Grat zwischen Freiheit und Bevormundung

Für ihren Vorschlag, in Schulmensen und Kantinen an einem Tag der Woche nur fleischlose Gerichte anzubieten, werden die *Grünen* mit Angriffen konfrontiert, die wie Karikaturen der Wahlkämpfe aus der Zeit des Kalten Kriegs wirken, als Wahlen noch zu einem Referendum über „*Freiheit oder Sozialismus*“ hochstilisiert wurden. Die Partei wird mit diesem Programmpunkt nicht bloß als eine Bande lustfeindlicher Spaßverderber beschimpft, sondern als eine Gefahr für *den* demokratischen Höchstwert überhaupt, nämlich die Freiheit. Aus dem heraufziehenden Shitstorm fallen die Wörter „*Bevormundung*“, „*Entmündigung*“ und „*antiemanzipatorisch*“, von einer „*Verbotspartei*“ und sogar einer „*Erziehungsdiktatur*“ ist die Rede; die Jungen Liberalen fordern: „*Hände weg von meiner Wurst!*“ und schaffen es damit auf die Titelseite der Bild-Zeitung. Alles in allem zeugt der Vorschlag von einem „*gruseligen Freiheitsver-*

ständnis.“ (Die Linke) Dagegen stellen die Spitzenkandidaten der anderen Parteien klar: „*Es liegt mir fern, anderen Menschen alles vorzuschreiben.*“ (Angela Merkel) „*Menschen ständig Vorschriften zu machen, ist nicht mein Verständnis von Freiheit und Liberalität.*“ (Rainer Brüderle)

Das sind schon interessante Vorwürfe an politische Parteien, die genau dafür kandidieren, mit der ganzen Macht ihrer Ämter viel mehr vorzuschreiben und durchzusetzen als die Essensauswahl in öffentlichen Kantinen. Und das sind sehr überraschende Bekenntnisse von Berufspolitikern, die von morgens bis abends buchstäblich mit nichts anderem befasst sind, als anderen Menschen ihre Lebensbedingungen vorzuschreiben. Nichts anderes ist ja gemeint, wenn Politiker mit glänzenden Augen von den Möglichkeiten der „*Gestaltung*“ schwärmen, die ihnen ein Amt im Staatsapparat bietet. Genau deswegen sind sie „in die Politik gegangen“ und genau deswegen gilt für sie, sobald sie im politischen Betrieb angekommen sind, die *Maxime*: „*Opposition ist Mist.*“

Wo verläuft also die alles entscheidende Grenze zwischen Freiheit und Bevormundung? Solange die Vorschriften, die die Politiker machen, den Bedingungen gelten, unter denen ihre Untertanen ihr Leben zu fristen haben, wird die Freiheit des Bürgers „*gestaltet*“. Sobald die Vorschriften aber den *Umgang* mit diesen Bedingungen betreffen, wird sie vergewaltigt. Wo genau das eine in das andere übergeht – das entscheidet sich letztlich mit dem Wahlergebnis. Darüber geben die Gewählten dann nach der Wahl mit ihrer praktischen Politik genügend Auskunft.

Eine doppelte Lektion also: Man lernt nicht nur einiges über die Rolle der Heuchelei im demokratischen Machtkampf, sondern auch eine Wahrheit über die vielgepriesene Freiheit: Was frei gewählte Politiker in ihren Ämtern und mit all ihrer Macht zu gestalten geloben – das besteht im Setzen von Bedingungen, mit denen die Bürger ganz frei und nach eigenem Gutdünken umzugehen und zurechtzukommen haben.

4. Die „Pädophile-Vergangenheit“ der Grünen „Hände weg von unseren Kindern!“, Denunziation per Assoziation

Kurz vor der Bundestagswahl kommt heraus, dass der *Grünen*-Spitzenkandidat Jürgen Trittin vor gut dreißig Jahren das kommunalpolitische Wahlprogramm einer Göttinger *Grünen*-Liste presserechtlich verantwortet hat, zu dem eine Forderung nach Straffreiheit für Sex zwischen Erwachsenen und Kindern unter bestimmten Bedingungen gehört. Das ist für die Konkurrenz ein gefundenes Fressen. Hat man nicht damit die ewigen Moralapostel der Republik und vor allem deren selbstgerechten Anführer bei *dem* moralischen Verstoß ertappt, der in Zeiten von Missbrauchsskandalen nicht zu übertreffen ist? Hat man hier nicht einen Fall, bei dem das Profil der *grünen* Partei als Vorkämpfer der Emanzipation mit dem Aufruf zu einem perversen Verbrechen zusammenfällt?

Also wird der Angriff gestartet. Den Vorwurf, er selbst wäre ein Kinderschänder, macht man Trittin selbstverständlich nicht, auch nicht den, die Pädophilen-Bewegung zu unterstützen oder der Anführer einer Partei von Perversen zu sein. Bei aller Neigung zur üblen Nachrede im demokratischen Wahlkampf lassen sich die konkurrierenden Parteien dazu nicht hinreißen. Sie setzen auf die Kraft der Assoziation. Die Partei hat ja selbst ein Gutachten zur Aufarbeitung ihrer Vergangenheit in Auftrag gegeben – also ist das schon

Kritik der Kritischen Theorie Wenn Kritik zum Attribut des Denkens wird

Dienstag, 3. Dezember, 20 Uhr,
Stadtteilzentrum Desi, Brückenstraße 23

mal ein Eingeständnis, dass sie Dreck am Stecken hat. Was manche „im Umfeld“ der Partei vor dreißig Jahren an sexueller Emanzipation und in dem Zug auch an Anerkennung eines sexuellen Willens bei Kindern vorgeschwebt haben mag, wird als „irregeleitet“, „verschurbelt“ und „absurd“ gegeißelt – die Nichtbefassung mit Drangsalen dieser Art eröffnet den bequemen Weg zu ihrer Denunziation als „Sumpf“, in dem Programm und Pathos der moralischen Emanzipation Hand in Hand mit dem Missbrauch von Kindern gehen. Für den Sumpf hat der amtierende Parteichef seinerzeit presserechtlich verantwortlich gezeichnet, was eindeutig seine geistige Nähe zu den geächteten Umtrieben belegt, die man von Priesterseminaren und einschlägigen Internetforen kennt. Dass er selbst auf Unzucht mit Abhängigen steht, braucht man ihm dann gar nicht mehr vorzuwerfen: Dass er sich von dem, was im „Umfeld seiner Partei“ womöglich irgendwann einmal vertreten worden ist, „nicht distanziert“ hat, weist hinlänglich genug auf seine „Verstrickung“ in deren pä-

dophile Strömungen hin. Und distanziert er sich dann wunschgemäß von allem, was ihm da als Sympathie mit Kinderschändern zur Last gelegt wird, dann war seine Distanzierung „nicht rechtzeitig“, spricht also schon wieder nur gegen seine Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit. Da wissen die Konkurrenten auf einmal, dass Selbstrechtfertigung nichts anderes als Selbstgerechtigkeit ist, und so ramponiert man mit Erfolg die moralische Autorität eines Wahlvereins: Wenn der in Untersuchungs- und anderen Ausschüssen an der Glaubwürdigkeit der für Drohnen und anderes Verantwortlichen sägt und dazu fragt, wer von was wann gewusst und wann was gesagt hat, dann wendet man diese Methode der Denunziation einfach auf den Vorsitzenden des Vereins an. „Selber einer!“ – der schlagendste Vorwurf im Werkzeugkasten erfolgreicher Wahlkämpfer. ●

Lesetipp:



Decker, Peter (Hrsg.):
**Demokratie –
Die perfekte Form
bürgerlicher Herrschaft**

GegenStandpunkt Verlag,
München 2013.

Erhältlich im Buchhandel oder unter:
www.gegenstandpunkt.com

Der SPIEGEL zum Beruf der deutschen Intelligenz: Bildung verpflichtet

Kurz vor der Bundestagswahl sieht sich der SPIEGEL (Nr. 38/16.9.13) als notorisch kritisches Wochenmagazin der gebildeten Stände zu einer – schon wieder – kritischen Titelgeschichte herausgefordert. Diesmal knöpft er sich aber mit all seiner überragenden redaktionellen Kompetenz nicht Erfolge und Misserfolge des laufenden Politikbetriebs vor, sondern Teile seiner eigenen Leserschaft. Herausragenden Vertretern der bundesdeutschen Intelligenz kommt er in großer Aufmachung mit der Anschuldigung, sie würden mit unverantwortlicher und dann auch noch demonstrativer Wahl-Verweigerung zur Gefahr für die deutsche Demokratie: Als schlechte Vorbilder trügen sie dazu bei, das „Nicht-Wählen salonfähig“ zu machen. An dieser fatalen Entwicklung, mit der sie am Ende sogar „die Demokratie verspielen“ könnten, „sind Intellektuelle und Prominente schuld, die ihre teils politikverachtende Haltung über alle Kanäle verbreiten. Sie schaden damit der Demokratie.“

Von der Albernheit des Vorwurfs, ein paar nicht-wählende „Philosophen und Künstler, Publizisten und Ökonomen“ seien eine Gefahr für die Demokratie, einmal ganz abgesehen: dass er erhoben wird, macht deutlich, dass der SPIEGEL den „Intellektuellen und Künstlern“, die sich als Nichtwähler geoutet haben, keine noch so läppische Distanz zum System der Freiheit durchgehen lassen will. In der Hamburger Redaktion kennt man schon genug Figuren, die sich einfach passiv regieren lassen, ohne von ihrem aktiven Wahlrecht Gebrauch zu machen. Das entspricht gar nicht den hohen Ansprüchen an demokratische Teilhabe durch kreuzweises Markieren eines Wahlvorschlages, man hat aber auch ein gewisses verächtliches Verständnis dafür: „Während den Nichtwählern aus unteren Gesellschaftsschichten

auch die Bildung fehlt, die immer komplexeren Zusammenhänge der Politik zu verstehen, missbrauchen die neuen Nichtwähler ihre Bildung, um sich über das politische System zu erheben.“

Derlei unerfreuliche Zustände im Kreis der minder bemittelten Massen erfordern aber von den „Intellektuellen und Prominenten“, also von denen, die in unserer geschichteten Gesellschaft eher zu den Gewinnern zählen und dies dank ihrer gehobenen Bildung leicht einsehen könnten, umso mehr die Teilnahme an angesagten demokratischen Abstimmungen: Ganz unabhängig davon, was und wen sie wählen, verlangt ihnen der SPIEGEL damit das vorbildhafte Bekenntnis zum Regiert-Werden überhaupt ab. Wer sich dem verweigert, „missbraucht“ seinen gebildeten Verstand und verfehlt so seinen Beruf als Mitglied der geistig-moralisch führenden Klassen: Anstatt Zustimmung für „das politische System“ einzuwerben, „erhebt er sich darüber“ mit seiner bloß subjektiven Distanz, ganz gleich wie die begründet ist. Das soll keinem der angesprochenen Kritiker zustehen. Was immer die einzuwenden und für ihre Wahlenthaltung anzuführen haben, zählt nichts gegen den harten Vorwurf der Zersetzung, den ihnen das kritische Magazin um die Ohren haut: Sie „schüren in diesem Wahlkampf alle denkbaren Ressentiments gegen ‚die Politik‘ oder ‚das System‘.“

Die Schärfe im Ton von Seiten des SPIEGEL ist aber auch verständlich: Seine Macher saugen sich schließlich nicht 52 Nummern pro Jahr voll beißender, verantwortungsvoller Kritik aus den Fingern, nur um dann zu erleben, dass ein paar verblödete Intellektuelle nicht bemerken, dass damit für die „Demokratie als System“ geworben werden soll. ●

Kultur – wie geht das?

Hier eine Höhle mit vorgeschichtlichem Graffito (Mammut, Jäger), da ein pyramidaler Steinhau- fen zur Ehre des verblichenen Pharaos; dort was gotisch zum Herrn Emporstrebendes oder auch mopsige Barockengerl über dem Seitenaltar; und wieder woanders ein Fettklecks vom Beuys: Was wäre ein Urlaub oder gar das ganze Leben ohne Kulturgenuss?

Arm. Gottseidank haben Generationen kulturbeflissener Vorfahren dafür gesorgt, dass in der luxuriösen Sphäre von Schönheit und Pracht unendlicher Reichtum herrscht, mehr oder weniger frei zugänglich für jedermann und jedermann zum Genuss ans Herz gelegt. Herrschaftliche Auftraggeber und begeisterte Produzenten haben schon früh allerhand Mittel darauf verschwendet, ihre Erhabenheit auch dem gemeinen Volk zur Anschauung zu bringen. An Nachschub ist auch heute kein Mangel. Kulturschaffende aus aller Herren Länder sorgen dafür, dass man auch im 21. Jahrhundert aus dem verehrenden Staunen nicht herauskommt.

„Ernst ist das Leben, heiter die Kunst“, hat der einst der gar nicht so heitere deutsche Nationaldichter F. v. Schiller vermeldet – und sich gewaltig geirrt. Kultur ist eine ernste Sache. Das sieht man z. B. daran, dass ansonsten mit eher profanen Dingen (Steuern eintreiben, Kriege führen) befasste Staatsgewalten es sich nicht nehmen lassen, den Bewahrer und damit berechtigten Erben glanzvoller Kulturleistungen zu geben. Sogar die UNO kennt Kulturerbschaften der Menschheit, die man nicht einfach bombardieren darf, wenn staatliche Kulturliebhaber wieder einmal übereinander herfallen. Solange sie das nicht tun, fördern und fordern sie ein zeitgenössisches Blühen der Kultur mit Staatsknete und -preisen. Wem zu Ehren ist keine Frage.

Wo von höchsten Stellen so viel Aufhebens um das Heitere gemacht wird, sind Wissenschaft und Medien natürlich nicht faul. Sie ermitteln Sinn und Bedeutung noch der kleinsten antiken Pergamentrolle, vernachlässigen darüber aber keineswegs die kulturelle Gegenwart. In ihren Feuilletons informieren Funk und Presse haarklein über die neuesten Kreationen von Wort-, Ton- und Bildkünstlern, sodass der Kulturgenießer das Genießen auch überspringen und sich sogleich zum Experten für die Deutung des ganzen höheren Blödsinns aufschwingen kann.

Das Getue mit der Kultur ist marxistischen Ba- nausen schon im Jahr 1987 auf die Nerven gegangen. Der GegenStandpunkt druckt daher, auch kommunistische Literatur will bewahrt sein, im Heft 3-2013 ein aufklärendes Pamphlet von damals wieder ab. Änderungen daran waren leider nicht nötig.



GegenStandpunkt 3-13

ISSN 0941-5831

100 Seiten

€ 15.–

Im Buchhandel erhältlich:

Erlangen: Ex Libris, Bismarckstr. 9

Fürth: Edelmann, Fürther Freiheit 2A

Nürnberg: Bahnhofsbuchhandlung / Rüssel, im Frankenzentrum / Jakob, Hefnersplatz 8 / Frenkel, Fürther Str. 9

www.gegenstandpunkt.com